



Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Unterbezirk Bremen-Stadt

Beschlüsse und überwiesene Anträge
UB-Parteitag, 18. November 2017

Beschlüsse:

- A 17 Programmerneruerung der Partei:**
Antragssteller: Ortsverein Gartenstadt Vahr
- A 18 Alternative sein, nicht kleiner Koalitionspartner:
Eine gerechtere Gesellschaft nur mit der SPD!**
Antragssteller: Ortsverein Walle
- A 19 Ideenmanagement – gemeinsam innovativ**
Antragssteller: Ortsverein Altstadt-Mitte
- A 20 Durchführung einer Mitgliederbestandsanalyse**
Antragssteller: Ortsverein Altstadt-Mitte
- A 21 Einführung von online-organisierten Themenforen**
Antragssteller: Ortsverein Altstadt-Mitte
- A 23 Für eine Kultur der Gleichberechtigung in der SPD**
Antragssteller: Ortsverein Altstadt-Mitte
- A 25 Wir machen Politik für Azubis – und für alle, die es werden wollen:
Azubi-Wohnheim in Bremen errichten, Neustart für die Ausbildungsgarantie erarbeiten**
Antragssteller: Unterbezirksvorstand
- A 27 Carsharing verbessern, Attraktivität erhöhen, Umwelt schonen**
Antragssteller: Ortsverein Horn-Achterdiek
- A 30 Bildungsgerechtigkeit durch eine sachgerechte Personal- und
Mitteluweisung an unsere Kitas und Schulen realisieren**
Antragssteller: Ortsvereine Gröpelingen + Oslebshausen
- I 1 Integration – Eine Aufgabe für ganz Bremen**
Antragsteller: Ortsverein Peterswerder-Steintor

Überweisung an UB-Vorstand:

- A 24 Einführung einer Quote für jüngere Mitglieder**
Antragssteller: Ortsverein Altstadt-Mitte

Programmerneuerung der Partei:

5 das Wahlergebnis der SPD vom 24.09.2017 zeigt, dass es der Bundesorganisation über zwei Wahlperioden hinweg nicht gelungen ist, der SPD ein politisches Profil zu geben, das es für die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger attraktiv macht, der SPD ihre Stimme zu geben.

Notwendig ist die personelle und die programmatische Erneuerung der Partei.

10 Die personelle Erneuerung auf Bundesebene ist bereits eingeleitet. Es ist Aufgabe der Mitglieder diese Erneuerung mit Hilfe der Landesorganisationen fortzusetzen.

Der Unterbezirk/ der Landesparteitag bittet den Landesvorstand,

- den Beitrag der Landesorganisation Bremen zur programmatischen Erneuerung der SPD
- 15 - unter Beteiligung der Ortsvereine und Arbeitsgemeinschaften zu organisieren.
Dazu sind die Ortsvereine und Arbeitsgemeinschaften aufzufordern,
- Themenfelder zu benennen, die die Mitgliederversammlungen für bearbeitungsbedürftig halten und
- 20 - entsprechende Antragsentwürfe zu formulieren.

Danach sind ortsvereinsübergreifende Arbeitsgruppen zu Themenfeldern einzurichten, in denen die OV-Anträge vertieft werden können. Auf einem Landesparteitag sind entsprechende Beiträge für eine Beschlussfassung zu Händen eines Bundesparteitags zu
25 beraten und zu beschließen.

Alternative sein, nicht kleiner Koalitionspartner: Eine gerechtere Gesellschaft nur mit der SPD!

- 5 Die SPD hat die Bundestagswahl 2017 klar verloren. Flächendeckend erzielte die SPD das historisch schlechteste Ergebnis ihrer Geschichte, auch in Bremen.

Was ist geschehen?

- 10 Im Vorfeld des Wahlkampfes schien die SPD mit dem Kanzlerkandidaten und neuem Bundesvorsitzenden Martin Schulz im Aufwind. Besonders die Aussagen zu Änderungen an der Agenda 2010 erhöhten laut Demoskopien die Umfragewerte der SPD. Viele Menschen traten neu oder wieder in die SPD ein. Die neue Haltung zur Agenda 2010 war ein oft genannter Grund. Zeichnete sich zunächst eine Rückkehr verlorengegangener Stimmen aus dem Spektrum der Nichtwähler*innen und aus dem Stimmenpotential der LINKEN ab, hielt dieser Trend nicht bis zur Wahl. Gleiches gilt für einen noch vor
15 einigen Monaten absehbaren „Stop“ des Aufwindes der AfD.

- 20 Im konkreten Wahlkampf konnte die SPD viele ihrer Wählerinnen und Wähler erneut nicht erreichen und musste sogar weitere Verluste hinnehmen. Resultat waren das schlechteste SPD-Bundestagswahlergebnis aller Zeiten, die Abwahl der „Großen Koalition“ mit einer ebenfalls massiv geschwächten CDU, eine stabile, ja gestärkte LINKE, eine ebenfalls erstarkte FDP und auch die Grünen konnten sich wieder von zwischenzeitigem Umfragetief erholen. Besonders erschütternd ist, dass mit der AfD eine rechtsnationalistisch aufgestellte Partei mit ausländerfeindlichen, frauenfeindlichen und Minderheiten verachtenden Inhalten und Parolen bundesweit knapp 13 Prozent erhalten hat.
25

- 30 Auch in Bremen haben wir als SPD einen historischen Tiefstand erreicht. Die SPD-Verluste sind im Bundesvergleich überdurchschnittlich hoch, wie in allen Hochburgen, die CDU-Verluste von niedrigerem Niveau aus vergleichsweise gering. Die LINKE wird in Bremen vielerorts vor der CDU oder den Grünen zweitstärkste Kraft. In einigen Gebieten (Fesenfeld) liegt sie vor der SPD. Die AfD erreicht ein knapp zweistelliges Ergebnis.

- 35 Die Gründe für diesen weiter fortgeschrittenen Vertrauensverlust der SPD sind sicher vielschichtig, es gibt hierfür nicht die „eine Antwort“ oder einfache Erklärungen. Folgender Erklärungsansatz lässt sich aber versuchen:

- 40 Obwohl soziale Gerechtigkeit ein Schwerpunkt für viele Wählerinnen und Wähler war, konnte die SPD hier nicht überzeugen und ihre Politik und ihre Ziele nicht glaubwürdig vermitteln. SPD-Wähler*innen wechselten zu LINKEN und AfD. Frühere SPD-Wähler*innen, die zwischenzeitig zu Nichtwähler*innen wurden, gingen zwar wieder zur Wahl, wählten aber LINKE, GRÜNE oder FDP oder sogar AfD. Eine ähnliche Erosion traf die CDU/CSU – dort mehr mit Blick auf die Frage Flüchtlinge, Migration (Erosion
45 Richtung AfD), aber auch Wirtschaft/Modernisierung (Erosion Richtung FDP).

Was ist zu tun?

50 So wie die Gründe vielschichtig sind, gibt es auch nicht nur EINEN Weg heraus aus der Misere. Folgende Ansätze sind aus unserer Sicht unerlässlich:

- 55 ▪ Wir unterstützen die Linie der SPD im Bund, die Konsequenz aus der Abwahl der Großen Koalition und dem herben Zustimmungsverlust der SPD zu ziehen. Wir halten es für den einzig richtigen Schritt, als Konsequenz des klaren Signals an die Sozialdemokratie den Auftrag anzunehmen, eine klar erkennbare Oppositionsrolle im Bund anzuführen.
- 60 ▪ Ein zentraler inhaltlicher Ansatz ist ein glaubwürdiges Konzept zur Änderungen an der Agenda 2010 in Richtung mehr soziale Gerechtigkeit. Hierbei muss es gelingen überzeugende Lösungen anzubieten, ohne dies durch die Möglichkeit der Umsetzung unter Beweis stellen zu können. Dies ist in der Opposition eine besondere Herausforderung.
- 65 ▪ Das Ende der Großen Koalition ist nur eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung einer Revitalisierung der SPD. Die SPD muss den politischen Wettbewerb um die richtigen politischen Visionen und Konzepte unter den Parteien wieder schärfen. Denn wir sind das Gegenmodell zu bestehenden Ungerechtigkeiten und Unzulänglichkeiten unserer Gesellschaft und nicht das „Anhängsel“ und „gute soziale Gewissen“ der CDU!
70 Wir müssen und wollen als SPD für die Wählerinnen und Wähler wieder klar erkennbar machen, was in den Jahren der Großen Koalition – unbenommen faktischer Erfolge im Einzelnen wie der Einführung des Mindestlohns – augenscheinlich unklar wurde: Die SPD ist die politische Kraft, die für eine sozial gerechte und solidarische Gesellschaft steht. Wir wollen wieder klarer stehen für eine Politik, die auch angesichts der Herausforderungen der Zukunft Gerechtigkeit und Solidarität zum Maßstab hat.
- 75 ▪ Im Bund müssen wir hierzu zukunftsweisende programmatische Ansätze offensiver herausstellen (z.B. Rentenniveaufrage, Bürgerversicherung, Arbeitsversicherung), und uns auch wieder eindeutiger zu sozialdemokratischen Kernüberzeugungen bekennen, auch wenn sie Gegenwind erzeugen (z.B. Vermögensteuer).
- 80 ▪ Unser Ziel muss sein, möglichst viele Menschen wieder zu den demokratischen Parteien in den demokratischen Diskurs zurückholen, verbunden mit der klaren Haltung, jedes rassistische Denken, Sprechen und Handeln mit Entschlossenheit zu bekämpfen und hier keinerlei Relativierung von irgendeiner Seite zu dulden.
- 85

90

- Der Weg zurück zur demokratischen Volkspartei mit Zukunftsorientierung führt aber auch über Ansätze, jene wieder zu vertreten, die neoliberalen Parolen und Individualisierungstendenzen folgen. Zu Solidarität gibt es in unserem Staats- und Wirtschaftssystem keine gerechte Alternative und dies geht auch mit Modernisierung, Digitalisierung und neuen sozialen Medien.

95

Unser Kurs in Bremen:

100

In Bremen, wo wir führend in der Regierungsverantwortung stehen, müssen wir eine solche Politik vor Ort spürbar machen. Hier müssen wir jeden Tag der verbleibenden Legislaturperiode bis zum Bürgerschaftswahltag beweisen, dass wir politische Entscheidungen sozial gerecht und zugunsten des Zusammenhalts unserer Stadtgesellschaft treffen.

105

Ein Erfolgsgeheimnis der Bremer SPD ist, dass uns dies stets besser gelungen ist als im Bund. Geplanter Rückkauf der BREBAU, das Landesprogramm für Langzeitarbeitslose oder unser Programm „Wohnen in Nachbarschaften“ sind dafür ebenso Beispiele wie unsere integrationspolitischen Maßnahmen, die gerade in den sogenannten Ankunftsquartieren Unerstzliches leisten. Beides werden und müssen wir mit den nächsten Haushalten fortsetzen. Ehrlicherweise müssen wir aber auch feststellen, dass wir nicht in allen Bereichen unseren eigenen Ansprüchen genügen. Beispielhaft sei hierzu genannt:

110

115

- Wir haben bei der vergangenen Wahl Bremens Jugend eine „Ausbildungsgarantie“ versprochen. Das Versprechen haben wir nicht annähernd eingelöst. Die Lage am Ausbildungsmarkt ist noch schlechter als zu Beginn der „Bremer Vereinbarungen“ im Jahr 2011, obwohl der Staat zusätzliche Plätze geschaffen hat. Hierauf brauchen wir eine ehrliche und schlüssige Antwort.

120

125

- Der beachtliche Kraftakt beim KiTa-Ausbau hat die „aufholende Entwicklung“ für jene Stadtteile mit besonderem kindbezogenen Bedarf vorübergehend in den Hintergrund treten lassen. Die Schere, das zeigt sich deutlich, ist so weit auseinander wie eh und je und klafft immer weiter. Wir müssen uns daran messen lassen, ob es gelingt, diesen Trend umzukehren und sie zu schließen.

130

- In der schulischen Bildung können wir all jene, die mit Leidenschaft an den Schulen Bildungsungerechtigkeit bekämpfen, nicht überall so unterstützen, wie wir es müssten. Dies ist angesichts der wachsenden Kinderzahlen, nicht nur, aber auch durch Zuwanderung, besonders wichtig, um

135 allen gerecht zu werden. Einzelne Bremer Grund- und Oberschulen in
Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf leisten mit der richtigen
Unterstützung Herausragendes. Dies in der Fläche zu ermöglichen und
Antworten auf die in Zahl und Heterogenität (Zuwanderung, Inklusion,
soziale Lage) gewachsene Schülerschaft zu finden, ist der Gradmesser so-
zialdemokratischer Bildungspolitik. Auch nach der erfreulichen Aufsto-
140 ckung des Bildungsetats mit dem nächsten Haushalt wird dies nicht au-
tomatisch geschehen, sondern muss sich so in den politischen Entschei-
dungen wiederfinden.

- 145 ■ In der Integrationspolitik haben wir in Bremen in der Vergangenheit zwar
stets Haltung bewiesen, stehen auch anlässlich des Wahlerfolgs einer
rechts-nationalistischen Partei aber vor der Herausforderung, Haltung
auch zu wahren. Mit Bezug auf das Auslaufen der Restriktionen in der
Familienzusammenführung im Frühjahr 2018 bleiben wir bei der Haltung,
dass Beschränkungen in der Familienzusammenführung inhuman und
integrationsfeindlich sind und die Einschränkungen daher beendet wer-
150 den müssen. Gleichzeitig ist es nach wie vor essentiell, dass wir die städ-
tische Infrastruktur so ausbauen, wie es eine wachsende Stadt schlüssi-
ger Weise erfordert. Nur so können die Chancen der Zuwanderung zum
Tragen kommen und zudem sichergestellt werden, dass Angebote für
Zugewanderte nicht zulasten anderer geht, sondern Bremen wächst *und*
155 zusammenwächst.
- Nicht alle politischen Kräfte in der Stadt haben den ungeheuren Druck
realisiert, der am Wohnungsmarkt herrscht. Menschen, die auf günstigen
Wohnraum angewiesen sind, haben keine Schutzmacht, keine Lobby –
160 außer der SPD. Wir sind in der Pflicht, den zu lobenden politischen Druck
aus Bürgerschaftsfraktion und Rathaus aufrecht zu erhalten und in vor-
zeigbare Ergebnisse des gesamten Senats umzumünzen.

165 Ein so aufgestelltes, politisches Profil bringt selbstredend auch Widerstände mit
sich, insbesondere dann, wenn die Ressourcen zur Gestaltung endlich sind. Dies
müssen wir jedoch in schlüssigen Argumentationen zugunsten einer Politik der
sozialen Gerechtigkeit einbetten, um damit glaubwürdig und konsequent für
die Idee einer zusammenhaltenden bremischen Stadtgesellschaft zu stehen.
Dazu gehört ganz unmittelbar, dass wir als Sozialdemokrat*innen in der Arbeit
170 vor Ort Gesicht zeigen, in unserem Alltag auf die Menschen zugehen, sie einbin-
den, Sprachrohr sind und mit den Menschen gemeinsam Akteur vor Ort sind.

Eine in Zukunft starke SPD muss wieder dem Anspruch gerecht werden, eine
Zukunftsvision der gerechten und solidarischen Gesellschaft als Position durch-
175 zuhalten und die Menschen von unserer Vorstellung von Gesellschaft auch in

Zukunft gewinnen. Dies ist dann auch eine Voraussetzung dafür, dass die markt- und rechtsradikale AfD 2017 das erste und einzige Mal in den Deutschen Bundestag einzieht und dass sie 2015 das erste und einzige Mal in die Bürgerschaft eingezogen ist.

Ideenmanagement – gemeinsam innovativ

5 Der Parteivorstand entwickelt ein Ideenmanagement für die SPD. Hier können Mitglieder, einzeln oder in der Gruppe, ihre Ideen online einreichen. Gesammelt werden Ideen, welche

- die Arbeitsabläufe oder die Kommunikation innerhalb und mit der SPD,
- 10 ▪ die Kommunikation und Responsivität mit Bürgerinnen und Bürgern,
- sowie die Umsetzung von Kümmerer-Arbeit

vereinfachen oder verbessern. Eingereichte Ideen sind transparent und offen für andere sichtbar und können bewertet und kommentiert werden. Über ein hauptamtliches
15 Steuerungsteam werden in einem koordinierten Prozess Ideen bewertet, weiterentwickelt und an die IdeengeberInnen zurück kommuniziert.

Die Partei garantiert eine Rückmeldung oder politische Bewertung des passenden Parteipremiums der am besten bewerteten Ideen innerhalb von sechs Monaten.

Durchführung einer Mitgliederbestandsanalyse

5 Der Parteivorstand erhebt mithilfe einer Studie, welche Berufe zu welchem Prozentsatz innerhalb der SPD-Mitgliederbasis präsent sind.

Im Rahmen der Bestandsanalyse werden ebenfalls Interessen, Spezialwissen und Zeitbudgets der Mitgliederbasis abgefragt, so dass auf das Wissen in späteren Projekten zugegriffen werden kann.

Einführung von Online-organisierten Themenforen

5 Jedes Parteimitglied soll sich unbürokratisch in einer festgelegten Anzahl an Online-Themenforen beteiligen können. Dazu werden Themenforen zu verschiedenen Politikbereichen eingerichtet, die jedes Parteimitglied einsehen darf. Jedes Themenforum entscheidet für sich, wie viele Unterforen eingerichtet werden und auch, inwiefern sich diese zeitlich und inhaltlich beschränkt oder unbeschränkt für Nicht-Themenforenmitglieder oder gar Nicht-Parteimitglieder öffnet.

10 Die Online-Themenforen sollen nicht nur die konkrete inhaltliche Sacharbeit an Texten ermöglichen. Vielmehr sollen diese auch der Vernetzung dienen, in dem Online-Konferenzen, Chats, aber auch klassische Konferenzen vor Ort ermöglicht werden.

15 Die Themenforen, nicht aber die Unterforen, sind antragsberechtigt für den Bundesparteitag und stellen Delegierte für den Bundesparteitag, die innerhalb der Foren bestimmt werden. Der Parteivorstand stellt hauptamtliches Personal und Budget bereit, die die Themenforen in organisatorischen und administrativen Belangen unterstützen. Es ist sicherzustellen, dass jedes Themenforum die Möglichkeit hat, sich mindestens
20 einmal im Jahr zu treffen.

25 Der SPD-Parteivorstand wird damit beauftragt, Online-Themenforen technisch und konzeptionell umzusetzen und spätestens im 1. Halbjahr 2019 einzuführen. Die technische Infrastruktur ist auch für die bereits bestehenden Arbeitsgemeinschaften und Foren zur Verfügung zu stellen.

Für eine Kultur der Gleichberechtigung in der SPD

Die SPD verfügt seit Langem über viele gute Instrumente zur Durchsetzung von mehr Gleichberechtigung zwischen Frauen und Männern in der Partei. Diese Instrumente wurden hart erkämpft und sind nach wie vor wichtig und erfolgreich: Durch Frauenquote und Reißverschluss bei Wahllisten konnte der Frauenanteil in den Vorständen aller SPD-Gliederungen sowie in den Fraktionen der SPD auf allen Ebenen signifikant erhöht werden.

Wir müssen jedoch feststellen, dass das Gesicht der SPD im Gegensatz zu unseren politischen Mitbewerbern trotzdem immer noch vorwiegend männlich geprägt ist und so auch von Wählerinnen und Wählern wahrgenommen wird. Auch in der breiten Mitgliedschaft ist die Geschlechterparität noch lange nicht erreicht – nur 32 Prozent aller SPD-Mitglieder sind Frauen. Das zeigt, dass trotz unseres fortschrittlichen politischen Programms die Gleichstellung innerhalb unserer eigenen Partei immer noch etwas ist, an dem wir kontinuierlich arbeiten müssen und uns nicht zurücklehnen dürfen.

Mit den richtigen organisationspolitischen Instrumenten sind wichtige Schritte in Richtung Gleichstellung gemacht worden. Diese Instrumente müssen aber über ihren Beschluss hinaus mit Leben gefüllt werden. Wir brauchen einen Kulturwandel in der Partei. Wir müssen es als Partei schaffen, eine Kultur des Zusammenarbeitens und des gemeinsam Politikmachens zu leben, die für Frauen und Männer gleichermaßen attraktiv ist. Dieser Kulturwandel muss sich auf allen Ebenen der Partei vollziehen und er erfordert harte Arbeit.

Wir fordern den SPD-Parteivorstand daher auf, einen Verhaltenscodex für mehr Gleichberechtigung in der Partei zu erarbeiten, diesen den Gliederungen und Gremien zur Verfügung zu stellen und einen konkreten Plan zu seiner Implementierung vorzulegen. Ein solcher Verhaltenscodex soll die gleichstellungspolitischen Erfolge durch eine Kultur der Gleichberechtigung verstärken.

Ein Verhaltenscodex soll folgende Eckpunkte berücksichtigen:

- Sexismus hat in der SPD keinen Platz. Er muss auf allen Ebenen konsequent erkannt, angesprochen und sanktioniert werden.
- Es geht um Wertschätzung jede/r einzelnen und der Fähigkeiten, die er/sie mitbringen. Dazu gehört ein persönlicher Umgang auf Augenhöhe, Danke zu sagen und neuen Ideen und Veränderungsvorschlägen offen gegenüberzustehen. Auch neue Parteimitglieder sollen frühzeitig mit interessanten und fordernden Aufgaben betraut werden.
- Wir müssen auf eine Kommunikation nach innen und außen achten, die Frauen anspricht. Dies beinhaltet, dass Veranstaltungen und Podien selbstverständlich

lich paritätisch besetzt werden. Frauen sollen im Auftritt der Partei als die selbstverständliche Hälfte der Partei wahrgenommen werden, den sie ausmachen. Frauen müssen in allen Entscheidungsprozessen der Partei berücksichtigt werden.

50

- Ein vielfältiges und aktives Parteileben wird zunehmend davon abhängen, ob eine bessere Vereinbarkeit von familiären, beruflichen und ehrenamtlichen Engagement gelingt. Es geht darum Sitzungen und Aktionen zu familienfreundlicheren Zeiten stattfinden zu lassen und wo das nicht geht, Engagement zu organisieren, dass auch Mitglieder mit wenig Zeit einen sinnvollen Beitrag leisten können. Wo dies möglich ist, muss die Betreuung von Kindern bei Parteiveranstaltungen sichergestellt werden. Damit in Zusammenhang steht auch, dass Sitzungen in ihrem zeitlichen Verlauf realistisch geplant werden und dies transparent kommuniziert wird. Sitzungen von Gliederungen sollten regelmäßig stattfinden, eine nachvollziehbare Tagesordnung und eine feste Endzeit haben und moderiert werden, so dass gerade weniger sitzungserfahrene Mitglieder und Frauen stärker in Diskussionen einbezogen werden.

55

60

65

- Weil wir diese Erwartung haben, müssen wir auch allen, an die wir sie richten, die Möglichkeit geben, sich in den oben genannten Bereichen weiterzubilden. So wird die Übernahme eines Amtes innerhalb der SPD auch gleichsam zur Möglichkeit, sich selbst zu qualifizieren und die erlernten Qualifikationen auch jenseits der SPD zu nutzen. Das macht das Engagement für die Sozialdemokratische attraktiver! Die Parteschule wird deshalb verstärkt Angebote für alle Mandats- und FunktionsträgerInnen in der SPD machen, die ortsnahe und barrierefrei stattfinden. Beispielsweise:

70

75

- Kommunikation und Moderation in der politischen Arbeit vor Ort
- Inklusive Veranstaltungsorganisation
- Wertschätzend Kommunizieren
- Sexismus und Diskriminierung erkennen und bekämpfen
- Management-Skills für Ortsvereins- und Kreisvorsitzende: So führe ich eine SPD-Gliederung

**Wir machen Politik für Azubis – und für alle, die es werden wollen:
Azubi-Wohnheim in Bremen errichten, Neustart für die Ausbildungsgarantie erarbei-
ten**

5

Mit dem Begrüßungsgeld für Auszubildende hat die Bremer SPD die Initiative ergriffen, die sozialen Belange von Auszubildenden in den Mittelpunkt der Bremer Politik zu rücken. Das Begrüßungsgeld soll Auszubildende mit Studierenden gleichstellen und ihren Bildungsweg genauso wertschätzen. Gleichzeitig soll es als Signal dienen, dass Bremen Auszubildende aus dem Umland auch als WohnbürgerInnen willkommen heißt und sie daher beim Ankommen in Bremen finanziell unterstützt. Wir freuen uns, dass sich alle anderen Fraktionen der Bürgerschaft unserer Initiative angeschlossen haben, die jetzt zeitnah umgesetzt werden muss. Den Weg, Auszubildende und alle, die es werden Ziel, gezielter als bisher zu unterstützen, wollen wir fortsetzen.

15

Azubi-Wohnheim in Bremen errichten:

Nach wie vor stehen Auszubildende - egal ob aus Bremen oder von außerhalb – häufig vor dem Problem, dass sie keinen bezahlbaren Wohnraum finden. Daher ist auch für die Auszubildenden die Intensivierung sozialer Wohnungsbaupolitik von großer Bedeutung. Nur dann wird auch ein Begrüßungsgeld seine Wirkung entfalten können. Zusätzlich wollen wir deshalb die Situation für Auszubildende gezielt verbessern und sprechen uns dafür aus, ein Auszubildenden-Wohnheim zu errichten. Wir bitten die SPD-Bürgerschaftsfraktion zu prüfen bzw. vom Senat prüfen zu lassen,

25

- ob der Bau eines Azubi-Wohnheims nach „Hamburger Modell“ (Stiftung Azubi-Werk) in Bremen möglich ist,
- dabei im Bedarfsfall weitere Bremer Institutionen einzubeziehen, die zum Bau und Betrieb eines Azubi-Wohnheims beitragen können (Studentenwerk, Wohlfahrtsverbände etc.) oder diesen unterstützen können (bspw. Finanzierungsbeiträgen der Handelskammer oder soziale Hilfen und Beratung durch die Arbeitnehmerkammer),
- zu welchen Konditionen unter welchen Bedingungen ein städtisches Grundstück zur Verfügung gestellt werden kann,
- welche Grundstücke in Bremen hierfür infrage kommen und dabei neben der örtlichen Wohninfrastruktur gerade auch zu berücksichtigen, ob ein positiver Effekt des Wohnheims auf die Sozialstruktur des jeweiligen Stadtteils erfolgt.

40

Neustart für die Ausbildungsgarantie:

45 Mit dem Regierungsprogramm 2015-2019 haben wir Bremens Jugend eine Aus-
bildungsgarantie versprochen. Heute müssen wir ehrlich sagen, dass Bremen
dieses Versprechen nicht eingehalten hat. Erreichen wollten wir dies, indem ei-
nerseits die Partner der Bremer Vereinbarungen ihre Zusagen zur Zahl abzu-
schließender Ausbildungsverhältnisse einhalten, andererseits das Land Bremen
50 kompensatorisch zusätzliche Angebote macht, an deren Ende jeweils eine voll-
wertiger beruflicher Abschluss steht.

Tatsächlich ist das Ausbildungsangebot in Bremen heute noch niedriger als bei
Beginn der letzten Laufzeit der Bremer Vereinbarungen im Jahr 2011. Nur noch
eine Minderheit von Arbeitgebern (zuletzt nur noch 23 %) stellt sich der Aufga-
55 be, den notwendigen Fachkräftenachwuchs auszubilden. Der Trend ist deutlich,
gleichzeitig mit den aktuellen, jährlich weiter anwachsenden Beschäftigungsre-
korden sinken die Auszubildendenzahlen. Die Partner haben ihre zentralen Ver-
abredungen nicht eingehalten! Die zusätzlichen Programme des Landes wurden
zwar aufgelegt, haben aber nicht einmal diesen Verlust kompensiert.

60 Das Ziel der Ausbildungsgarantie ist und bleibt richtig. Sie langfristig auch als
echten Rechtsanspruch zu verwirklichen, begreifen wir als Pflicht gegenüber
Bremens Jugend, ihr gerechte Teilhabe und Zukunftsperspektiven zu ermögli-
chen. Sie ist die Chance, Bremen in der digitalisierten Wissensökonomie zur
65 Fachkräftehochburg Deutschlands zu machen und das langfristig wirksamste
Mittel zum Abbau der strukturellen Langzeitarbeitslosigkeit in unserer Stadt.
Wir sehen ausdrücklich keine Zeit mehr, dies weiter „auf die lange Bank“ zu
schieben, weil auch Bremens Jugend diese Zeit nicht hat. Wir stehen zu unserem
Versprechen und wir erkennen die Lage an: die Ausbildungsgarantie braucht
70 einen Neustart!

Vor diesem Hintergrund haben die ausbildungsinteressierten jungen Menschen
Bremens berechnete Erwartungen an die Partner der Berufsausbildung und an
die Politik, zu denen wir als stadtbremische SPD unseren Beitrag leisten wollen:

- 75 – Von den „Bremer Vereinbarungen“ erwarten wir, im Zuge ihrer Neuauf-
lage ihre Leistungsbilanz erheblich zu verbessern. Wir erwarten nicht nur
die Verabredung höherer Zielzahlen, sondern auch konkrete Maßnah-
men, wie diese erreicht werden.
- 80 – Wir bekennen uns zur Fortsetzung der zusätzlichen, vollqualifizierenden
Angebote des Landesprogramms als besonderen Beitrag der öffentlichen
Hand. Bremen kann als Haushaltsnotlageland die Lücke im Ausbildungs-
angebot aber nicht mit staatlichen Angeboten schließen, zumal dies Auf-
gabe der Unternehmen ist!

- 85 – Zusätzlich braucht es ein rechtlich verbindliches und damit belastbares Instrument, das die Partner der Bremer Vereinbarungen unterstützt und dafür sorgt, dass die betriebswirtschaftlichen Einzelentscheidungen der Unternehmen auch zur volkswirtschaftlich benötigten Zahl an Ausbildungsverhältnissen führen. Hierfür gibt es heute noch keine Kopiervorlage. Als Bremer SPD stehen wir aber im Wort, eine tatsächliche Garantie glaubwürdig zu gewährleisten. Wir werden deshalb in unserer weiteren programmatischen Arbeit ein solches Instrument entwickeln. Beispielgebend sind für uns Ausbildungsfonds wie in der Bau- und in der Pflegebranche.
- 90
- 95 – Als Grundlage dafür wird eine Statistik benötigt, die die tatsächliche Lage am Ausbildungsmarkt abbildet. Die Statistik der Bundesagentur für Arbeit ist dafür unzureichend. Sie muss grundlegend überarbeitet werden.
- 100 – Dabei wissen wir, dass gute Ausbildung nicht ausschließlich eine Frage des Angebots ist. Denn die Betriebe, die sich für Ausbildung engagieren, stehen oftmals selbst vor Problemen. Sie finden nicht die passenden Auszubildenden oder können die notwendige Unterstützungsarbeit beim Lernen oder bei anderen Problemen der Jugendlichen nicht leisten. Jugend- und Auszubildendenvertretungen wiederum klagen vielerorts über schlechte Ausbildungsbedingungen und -vergütungen, die nicht zum Leben reichen. Im Ergebnis kämpfen beide Seiten mit zu hohen Ausbildungsabbrüchen. Auch hierauf wollen wir Antworten formulieren und dabei auch die Möglichkeiten einer Aufwertung durch eine Mindestausbildungsvergütung auf Landesebene diskutieren. Wir sind überzeugt:
- 105
- 110 wenn die Politik sich endlich für Ordnung und Orientierung auf dem Ausbildungsmarkt engagiert, profitieren alle Seiten.

Carsharing verbessern, Attraktivität erhöhen, Umwelt schonen

- 5 Der Parteitag fordert den Senat und die SPD-Bürgerschaftsfraktion dazu auf, die Grundlage für ein ergänzendes stationsungebundenes Carsharingangebot zu schaffen sowie die Möglichkeit, bei bestehenden oder neuen Konzepten die Möglichkeit der Anmietung an Punkt A und Rückgabe an Punkt B zu ermöglichen, wie sie in vielen anderen Städten genutzt wird.

Bildungsgerechtigkeit durch eine sachgerechte Personal- und Mittelzuweisung an unsere Kitas und Schulen realisieren

- 5 Wir müssen unsere Bildungseinrichtungen (insbesondere Kitas und Grundschulen) in besonderen Problemlagen in Bremen so ausstatten, dass sie deutlich höhere Anforderungen bei Sprachförderung, Elternarbeit, Stadtteil- und Umfeldvernetzung und Schulsozialarbeit passgenau erfüllen können. Die bisherigen sozialindikatorbasierten Zuweisungssysteme müssen dringend aktualisiert und weiterentwickelt werden, damit die unterschiedlichen Situationen in unseren
- 10 Bildungseinrichtungen abgebildet und der Ressourceneinsatz in den Einrichtungen der aktuellen Lage entspricht.

- Der Sozialindex für unsere Kitas basiert auf Daten aus dem Jahre 2008. Hier brauchen wir schnell eine Aktualisierung, die jährlich fortgeschrieben werden muss. Aber auch die bisherigen
- 15 Sozialindikatoren für unsere Schulen bedürfen dringend der Ergänzung, damit die Entwicklung der zurückliegenden Jahre einrichtungsscharf abgebildet wird. Aufgrund der aktualisierten und ergänzten Sozialindikatoren müssen die personellen Ressourcen für jede Kita und Schule zur Verfügung gestellt werden.

- 20 Darüber hinaus fordern wir für Kitas und Schulen, die sich in sozialökonomisch besonders belasteten Orts- und Stadtteilen (wie z.B. in Gröpelingen) befinden, ein direkt zu vergebendes Bildungsverstärkungsbudget, das es ihnen ermöglicht, schnell und effizient selbst passgenau Hilfe einzukaufen.

Integration – Eine Aufgabe für ganz Bremen

- 5 In den beiden Jahren 2015 und 2016 hat die Anzahl der Einwohnerinnen und Einwohner in der Stadtgemeinde Bremen um etwa 12.500 Menschen zugenommen. Dieser positive Bevölkerungssaldo ist insbesondere auf Zuzüge von außerhalb Deutschlands zurückzuführen: Über 16.000 Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft haben in dieser Zeit in Bremen eine neue Heimat gefunden.
- 10 In den letzten drei Jahren musste es vor allem darum gehen, die akute Herausforderung, allen Neuankömmlingen ein Dach über dem Kopf zu stellen, zu bewältigen. Jetzt, nachdem die Zelte wieder abgebaut werden konnten, muss sorgsam geschaut werden, wie die Integrationsaufgaben fair und gerecht über die gesamte Stadt aufgeteilt werden. Dazu bedarf es politischer Steuerung!
- 15 Der SPD-Unterbezirk Bremen-Stadt spricht sich dafür aus, alle Stadtteile ausgewogen bei der dauerhaften Wohnraumversorgung der neuen Bremerinnen und Bremer einzubinden.
- 20 Der Senat wird aufgefordert, ein Konzept zu entwickeln, wie insbesondere unter Einbezug der Bremischen Anteile an Wohnungsbauunternehmen sicher gestellt werden kann, dass auch in den innerstädtischen und sogenannten bürgerlichen Stadtteilen Wohnraum für die dauerhafte Wohnraumversorgung der aus dem Ausland neu nach Bremen gekommenen Menschen zur Verfügung gestellt wird.